

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: 8 88 846 ppbn  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12

## Inhalt

**Gernot Erier MdB fordert seine Partei auf, sich aus der strategischen Falle zu befreien.**

Seite 1

**Jochen Welt MdB setzt sich mit dem Regierungsbericht zu Bad Kleinen auseinander: Sicherheitsorgane der Kontrolle entzogen?**

Seite 3

**Achim Großmann MdB wirft der Bundesregierung vor, die Wohnungsnot zu verschärfen: Wende beim Sozialen Wohnungsbau erforderlich.**

Seite 4

**Werner Höllich MdB hält die Abschaffung des Schlechtwettergeldes für finanzpolitisch unsinnig: Auf die Bundesanstalt für Arbeit kämen höhere Kosten zu.**

Seite 6

48. Jahrgang / 161

25. August 1993

### Wir springen über jedes Stöckchen, das man uns hinhält

**Die SPD muß raus aus der strategischen Falle**

Von Gernot Erier MdB

Nur wenige Wochen nach dem Inkrafttreten der neuen Asylgesetze leiten Vertreter der CSU die Wiederaufnahme der Debatte ein: Nach der Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes in 14 Einzelfällen müsse jetzt geprüft werden, ob die Gesetzesänderungen "ausreichen". Gesetzeslogischer wäre es gewesen und sei es auch heute, das Grundrecht auf Asyl ganz abzuschaffen und durch eine institutionelle Garantie zu ersetzen, also ins Ermessen der Exekutive zu stellen.

Dieser Vorgang ist exemplarisch. Er schlägt jenen sozialdemokratischen Strategen ins Gesicht, die weniger mit Sachargumenten als mit einem politischen Kalkül für den sogenannten Asylkompromiß - und das letztlich erfolgreich - geworben hatten. Und dieses Kalkül lautete: Machen wir über Anpassung einen Kompromiß mit den Koalitionspartnern, dann neutralisieren wir das Thema und können uns auf das politische Feld konzentrieren, wo wir Kohl schlagen - auf seine erfolglose Wirtschafts- und Finanzpolitik und ihre immer rabiatere werdenden sozialen Folgen.

Pustekuchen. So blöd sind die Herrschaften an der Regierung nicht, sich ein Thema wegnehmen zu lassen, wenn sie meinen, es zu brauchen. Der Kanzler sucht dringend Ausweichfelder, die von seinem Versagen im zentralen Wirtschafts- und Sozialbereich ablenken. Es bieten sich an: Asyl, Innere Sicherheit (womöglich in einer Kombination miteinander) und Bundeswehreinräte. Seine Partei wird ohne Rücksicht auf Verluste diese Themen in den Wahlkampf ziehen, wenn es denn von den Fehlleistungen der Regierung ablenkt. Wann werden wir das endlich kapieren?

Björn Engholm kam am 8. September 1992 in die Bundestagsfraktion und begründete den Petersberger Oktrol. Sein Hauptargument: Nur eine Neutralisierung der Themen Asyl und Blauhelme ermöglicht die Konzentration auf die zentrale Kontroverse in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Leider hat ihn keiner gefragt, ob er die Koalition für so unfähig hält, daß sie einer solchen strategischen Überlegung der SPD zum Erfolg verhilft.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217, 53113 Bonn  
Postfach 12 04 08, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Erhalten Sie unsere  
mit unseren Rubriken  
Anmeldung-Papier



Die Tinte des FKP-Textes, volkstümlich und irreführend "Soldarpekt" genannt, war noch nicht trocken, die SPD-Politiker schwärmten aus und feierten es als Erfolg, daß sie als Preis für die Mitverantwortung schlimmere soziale Kürzungen verhindert hatten - da verkündeten Unionspolitiker bereits, daß eben diese sozialen Einschnitte doch unvermeidlich seien. Sie stehen heute im Sparprogramm der Regierung vom 11. August, das die Frankfurter Rundschau eine "Kriegserklärung an das eigene Volk" nennt. Wer ist bereit, daraus zu lernen?

Offenbar niemand. Wir springen über jedes Stöckchen, das man uns hinhält. Das Thema "Innere Sicherheit" ist immer für einen CDU-Wahlkampf zu gebrauchen. Geschickt lenken die Strategen des Kanzleramtes von den Regierungsversäumnissen über drei Legislaturperioden hinweg ab und tun so, als ob der Widerstand der SPD gegen den "Großen Lauschangriff" die Lösung der Sicherheitsprobleme der Bundesrepublik blockiere. Anstatt daß wir diesen Betrugsversuch aufdecken und deutlich machen, daß man die Massendelikte wie Diebstahl, Raub und Überfall, durch deren Zunahme die Bevölkerung verunsichert wird, auf keinen Fall durch die Aufhebung des Grundrechts auf Unversehrtheit der Wohnung aufhalten kann, läßläugelt die SPD schon wieder mit der Anpassung.

Wir wollen uns freikaufen von diesem Wahlkampfthema, weil wir uns nicht zutrauen, auf diesem Feld in die Offensive zu kommen. Wie kann man aber so naiv sein zu glauben, daß die CDU/CSU das Thema Innere Sicherheit fallen lassen wird, nur weil wir an einem Punkt einen Kompromiß machen, wenn sie sich davon (ablenkende) Vorteile im Wahlkampf verspricht?

#### Der Kanzler kann sich die Hände reiben

Genauso verhält es sich bei den Bundeswehreinsetzungen. Längst ist es den Regierungsparteien, die keinerlei außenpolitisches Konzept haben, gelungen, die gesamte Debatte um die Außen- und Sicherheitspolitik auf das Thema Blauhelme zu reduzieren. Das verführt zu der falschen Folgerung, wenn die SPD hier per Anpassung einen Kompromiß eingehe, könnte das beliebte Gesellschaftsspiel, die Sozialdemokraten mit ihrer Verweigerung zu deutscher Beteiligung an weltweiten Kampfeinsätzen über den Acker zu jagen, an Attraktion einbüßen. In Wirklichkeit kann sich der Kanzler die Hände reiben: Knickt die SPD jetzt ein, rollt eine neue Enttäuschungswelle über ihre aktive Mitgliedschaft und den Teil der Wähler, der noch immer auf die SPD vertraut, wenn es um die Verhinderung einer weiteren Militarisierung der deutschen Außenpolitik geht; dann teilt die SPD die Verantwortung mit der Regierung, wenn in Somalia etwas schiefgeht; wird der dortige Einsatz aber eine verkaufbare Erfolgsstory, dann schafft die Regierung es mit Steuermillionen für PR allemal (Vorbild: die Anzeigenserie "Die Engel von Phnom Phen"), das Ganze als gegen die SPD ertrutzten deutschen Prestigegewinn an den Wähler zu bringen. Und schließlich kann man - s.o. die Erfahrung Asyl - die Schraube ständig weiterdrehen: In den Unionsforderungen für weltweite deutsche Militäreinsätze, vorgelegt am 13. Januar 1993, sind noch genug Forderungen enthalten, denen die SPD nie und nimmer zustimmen kann.

Es hat keinen Sinn, im Vorfeld harter Wahlkämpfe von Kohls Mannschaft Verantwortungsgefühl für das Ganze zu erwarten. Seine Leute haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie sich auch dann nicht scheuen, z.B. die Ausländerpolitik zum Thema zu machen, wenn das Risiko eines Auftriebs für die Rechtsradikalen besteht - wenn es nur gleichzeitig auch der CDU nützt. Wir müssen raus aus der strategischen Falle. Durch Sachanpassung neutralisieren wir kein einziges Themenfeld. Die einzige Alternative heißt: Die SPD-Positionen bei Asyl, Innerer Sicherheit und Bundeswehreinsetzungen klar abstecken, diese Positionen gemeinsam und öffentlich für jeden verständlich begründen, die Verantwortlichkeiten beim Namen nennen und durch Sachoffensive dem politischen Gegner seine eskapistische Strategie vergällen.

(-/25. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### Sicherheitsorgane der Kontrolle entzogen?

Der Regierungs-Bericht zu Bad Kleinen läßt weiterhin viele Fragen offen

Von Jochen Welt MdB

Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Sowohl der vorliegende Bericht der Bundesregierung als auch die vorgetragenen Erläuterungen haben keine neuen Erkenntnisse gebracht, die nicht auch schon über die Medien veröffentlicht worden sind. Ob mit oder ohne Pannen, dieser Bericht hätte schon vor einem Monat vorliegen können.

Zunächst ist festzustellen, daß wesentliche Ziele des Einsatzes in Bad Kleinen mißglückt sind. Zwar wurde die mutmaßliche Terroristin Frau Hogefeld gefaßt, doch führte die Art und Weise des Zugriffs zu Toten, Verletzten und Gefährdungen des Umfeldes.

Entscheidend ist das sogenannte "Verbrennen" des V-Manns. Beabsichtigt war der Schutz dieser für den Kontakt zur Kommandoebene unverzichtbaren Person. Weitere Zugriffe wären bei seinem Wegtauchen möglich gewesen. Diese Chance ist auf unabsehbare Zeit verspielt worden. Der Bericht weist aus, daß es eine Vielzahl von Situationen gab, die einen Zugriff auf Frau Hogefeld ohne "Verbrennen" des V-Manns im sogenannten statischen Umfeld möglich gemacht hätten. Der Erfolgsdruck, ein weiteres Mitglied der RAF-Kommandoebene verhaften zu können, hat dann zu diesem Desaster für die zukünftige Fahndung im Bereich des Terrorismus geführt. Der Bericht und die Vorträge weisen in dieser Frage nach wie vor keine Verantwortlichen aus.

Die Vielzahl von Pannen, Verschleierungen und bewußten Fehlinformationen der Öffentlichkeit und des Parlamentes müssen unter zwei Aspekten untersucht werden.

Unterstellt man keinen Vorsatz für die Vielzahl von Fehlern bei der Festnahme, der Spuren- und Beweissicherung, der gerichtsmedizinischen Untersuchung, der Begutachtung, der Vernehmung der Zeugen und der normalen Berichtspflicht, dann ist es um die Funktionsfähigkeit unserer Polizeior-gane zum Schutz unserer inneren Sicherheit gefährlich schlecht bestellt. Es offenbart sich ein innenpolitisches Chaos der Zusammenarbeit von Bundes- und Landesbehörden, das selbst ein Sicherheitsrisiko darstellt. Es läuft nichts zusammen, das einzige Steuerungsinstrument ist offensichtlich ein selbstständiger innenpolitischer Legitimationsnachweis der einzelnen Behörden.

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an ein Telefonat mit dem Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes, Herrn Köhler, vom 22. Juli diesen Jahres, in dem er mir auf meine Vorhaltungen zu seinen Fehlinformationen erklärte, daß er selbst Opfer von Fehl- und Desinformationen geworden und bis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht umfassend informiert worden sei. Man habe ihn aus seinem Haus quasi ins Feuer geschickt.

Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, noch an Pannen und Fehlleistungen zu glauben. Dieses wäre für unsere Innere Sicherheit unerträglich. Katastrophal für den gesamten Rechtsstaat wäre es allerdings, wenn die Kumulation von Pannen keine echten Fehlleistungen wären, sondern von vornherein beabsichtigte Maßnahmen zur Vortäuschung ungesetzlichen Handelns einzelner beteiligter Behörden oder Personen.

Warum wurden die Observationsvideobänder gelöscht? Warum wurden Beweismittel vor oder während der Beweisaufnahme vernichtet? Wieso kommt es bei der berichteten Sicherung des schwerverletzten Grams zu einer absolut unerklärlichen Reaktion der Beamten? In der aktuellen Sicherungssituation, kurz nach dem Schußwechsel, zieht sich ein GSG9-Beamter einen Handschuh an und legt wie in einer Situation der Beweissicherung die Waffe von Grams mit zwei Fingern auf den Bahnsteig. Warum wurde die Identität eines ebenfalls sich im Umfeld des Bahnhofs befindlichen Paares nicht vor

Ort festgestellt? Es waren über 100 Polizeikräfte im Einsatz. Statt dessen wurde erst im Nachhinein eine Fahndung ausgelöst.

Also Fragen über Fragen, die es jemandem, der hofft, daß die geschilderten Pannen wirklich Pannen waren, sehr schwer macht, noch an Zufälle zu glauben. Die zentrale Frage lautet: Was sind die Motive und Ursachen für die erschreckende Kumulation von Fehlern, Verschleierung und Fehlinformation?

Der für mich immer noch nicht vorstellbare Fall einer beabsichtigten Desinformationskampagne durch Dienststellen des Bundes würde offenbaren, daß sich Sicherheitsorgane des Staates der Kontrolle von Regierung und Parlament entzogen haben und sich inzwischen gegen diesen Rechtsstaat richten, den sie zu schützen haben. Bei einer solchen Betrachtung, die sich insbesondere gegen das Bundeskriminalamt richtet, ist der Rücktritt des ehemaligen Innenministers Seitzers nur konsequent. Die nachträglichen Aufklärungsforderungen des Bundeskanzlers sind pure Heuchelei. Er hat als Chef dieser Bundesregierung durch Erfolgsdruck in Richtung Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt bei der RAF-Fahndung und durch schlampigen Umgang mit dem Thema der 'inneren Sicherheit' eine derartige Verelbständigung von Sicherheitsorganen erst ermöglicht.

Ob das 'Warum' der Pannen und Verschleierungen je festgestellt wird, ist mehr als fraglich. Zu viele müssen sich und ihre Posten schützen. Unabhängig vom Ausgang des Verfahrens bedarf die innere Organisation unserer 'Bundespolizei', deren Anbindung und Kontrolle aber auch deren Kooperation mit anderen Bundesbehörden und den Ländern einer grundsätzlichen Überarbeitung an Haupt und Gliedern.

(-/25. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

### **Die Koalition verschärft die Wohnungsnot Die SPD fordert eine Wende beim Sozialen Wohnungsbau**

**Von Achim Großmann MdB  
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundeslagsfraktion**

#### **1. Der Niedergang des sozialen Wohnungsbaus unter der Regierung Kohl**

In Deutschland fehlen 2,5 bis drei Millionen Wohnungen. Grobe wohnungspolitische Fehler und eine neue Armut erzeugende falsche Sozialpolitik verschärfen besonders die Situation im sozialen Wohnungsbau: von Jahr zu Jahr gibt es weniger sozial gebundene Wohnungen.

Seit zehn Jahren vernachlässigt die CDU/FDP geführte Bundesregierung den sozialen Wohnungsbau - mit verheerenden Folgen. Die Zahl der sozial gebundenen Wohnungen geht dramatisch zurück. Waren es 1987 noch circa vier Millionen, so ist diese Zahl inzwischen um über 80 Prozent auf etwa 2,7 Millionen gesunken. Experten warnen davor, daß es im Jahre 2000 nur noch eine Million Sozialwohnungen geben wird - eine Katastrophe für die zunehmende Zahl von Haushalten, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Überall schrillen die Alarmglocken, besonders in den Ballungsgebieten der großen Städte unseres Landes. Die Bundesregierung dagegen streicht sehenden Auges die Mittel für den sozialen Wohnungsbau wieder einmal zusammen, bis 1995 um 30 Prozent. Statt 3,95 Milliarden DM Bundesmittel stehen dann nur noch 2,8 Milliarden zur Verfügung. Rechnet man die steigenden Bau- und Baulandpreise hinzu, bedeutet dies faktisch die Halbierung der Förderung.

- Bereits in den achtziger Jahren wurde die finanzielle Förderung des sozialen Wohnungsbaus fast völlig eingestellt. Waren es zu sozialdemokratischer Regierungsverantwortung im Durchschnitt noch 140.000 Sozialwohnungen pro Jahr, die fertiggestellt wurden, so waren es unter Kanzler Kohl nur noch 70.000.
- CDU/FDP kürzten in den achtziger Jahren auch die Bindungsfristen für den sozial gebundenen Wohnraum im Fall einer frühzeitigen Rückzahlung der öffentlichen Mittel. Ergebnis: derzeit fallen jährlich etwa 150.000 Sozialwohnungen vorzeitig aus der Bindung - neu bewilligt wurden 1992 nur 100.000.

Weitere Kürzungen beim sozialen Wohnungsbau werden bereits diskutiert. Auf die Frage, ob die Bundesregierung bestätigen könne, daß die Rückflußeinnahmen aus der Förderung des sozialen Wohnungsbaus wie bisher bei den Ländern verbleiben werden - hier geht es um rund 200 Millionen DM -, antwortete die Regierung, die Meinungsbildung hierzu sei noch nicht abgeschlossen.

### 2. Vorschläge der Bundesregierung zur Neugestaltung des sozialen Wohnungsbaus: Unausgegrenzt, nebulös und finanziell unakzeptabel

Die Bundesbauministerin will den 1. Förderweg völlig abschaffen und die finanzielle Lastenverteilung ändern. Länder und Kommunen sollen in Zukunft mehr zahlen. Der Bund will sich weitgehend auf eine Grundförderung zurückziehen, mit der Bewilligungsmieten am unteren Ende des jeweiligen Vergleichsmietenniveaus erreicht werden sollen. Um den Rest sollen sich Länder und Gemeinden kümmern. Präzise Nachfragen zu dem Modell führen zu nebulösen Antworten: "Die Kosten der Förderung werden dabei in Abhängigkeit von der konkreten Ausformung dieser Fördermethode und vom Annahmen über wirtschaftliche Parameter errechnet. Ergebnisse dieser Modellrechnungen liegen gegenwärtig nicht vor", so heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der SPD. Dabei ist schnell auszurechnen: Die meisten Sozialwohnungen werden in den Ballungszentren gebraucht. Dort ist das Vergleichsmietenniveau natürlich viel höher als in ländlichen Regionen. Die Bundesregierung kann also ihre Fördermittel kräftig zurückschrauben. Nicht anders bei dem Ankauf von Belegungsrechten. Die Kommunen werden aufgefordert, Belegungsrechte an Wohnungen zu kaufen, die aus der Bindung herausfallen. Nur - dafür gibt es kein Geld vom Bund, weil nach der Verfassung nur für investive Zwecke Bundesmittel fließen können.

Eine angebliche Neuorientierung im sozialen Wohnungsbau wird also als Vorwand benutzt, um sich klammheimlich aus der finanziellen Verantwortung zu schleichen und den klassischen sozialen Wohnungsbau auszuhebeln.

### 3. Vorschläge der SPD

Weil wir eine weitaus höhere Zahl von Sozialwohnungen brauchen, darf das finanzielle Engagement des Bundes nicht eingeschränkt werden. Im Gegenteil, notwendig ist eine längerfristige Aufstockung der Bundesmittel auf sechs Milliarden DM. Wenn man bedenkt, daß die Eigenheimförderung den Staat zehn bis zwölf Milliarden DM kostet und der freifinanzierte Mietwohnungsbau samt Verlusten aus Vermietung und Verpachtung den Staat jährlich 30 bis 40 Milliarden DM Steuermindereinnahmen kostet, ist dies keine unzulässige Forderung.

Während CDU/FDP in der Koalitionsvereinbarung keine Aussagen zur Neukonzeption des sozialen Wohnungsbaus machten, haben wir als SPD bereits früh darauf hingewiesen, daß eine neue Konzeption überfällig ist. SPD geführte Bundesländer haben diese Neuorientierung vorangetrieben, etwa Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Durch einen Mix aus dem 1. Förderweg, einer flexiblen einkommensabhängigen Förderung außerhalb des 1. Förderweges, einer Kombiförderung (Fördermittel für Neubaumaßnahmen gegen Verlängerung auslaufender Bindungen) und durch eine breitere Palette von Baustandards beim sozialen Wohnungsbau läßt sich eine durchschnittliche För-

dersumme von 100.000 DM erreichen und damit der Bau von circa 200.000 Sozialwohnungen pro Jahr sicherstellen. Damit einhergehen muß eine Modifizierung der Einkommensgrenzen und eine Novellierung des Wohngeldgesetzes.

Auch dazu ist die Bundesregierung nicht bereit, statt dessen kürzt sie die Leistungen des Wohngeldes in der Finanzplanung bis 1995 um fast 25 Prozent von 3,7 Milliarden DM auf circa 2,8 Milliarden DM.

Die SPD steht zu der Verantwortung des Bundes für den sozialen Wohnungsbau. Wir wollen einen sozialen Wohnungsbau, der diesen Namen verdient, mehr soziale Gerechtigkeit bei der Mietgestaltung, aber auch Mietbeihilfen für die, die selbst höhere Mieten im sozialen Wohnungsbau nicht zahlen können.

(-/25. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Abschaffung des Schlechtwettergeldes würde die BfA belasten**  
Der von der Koalition angestrebte Sozialabbau wäre finanzpolitisch unsinnig

Von Werner Hollwich MdL  
Sozial-Experte der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Ein ausgemachter Unsinn ist die von der Bonner Regierung beabsichtigte Abschaffung der Schlechtwettergeld-Regelung (SWG). Die Zerstörung der Regelung gibt finanzpolitisch keinen Sinn. Der Einsparung von jährlich 700 Millionen Mark bei der Bundesanstalt für Arbeit stünden Ausgaben in Höhe von zwei bis drei Milliarden Mark für Arbeitslosengeld gegenüber.

Als sinnvolle Alternative bietet sich die Beseitigung der Werkvertragsregelungen mit den früheren Ostblockstaaten an. Hier wird über den Einsatz von ausländischen Subunternehmern auf jährlich zwei Milliarden Mark an Sozialbeiträgen und Steuern verzichtet. Durch die mit dem Werkvertragssystem verbundene Einschleusung von illegalen ausländischen Arbeitern summieren sich die Verluste auf sieben bis acht Milliarden Mark. Soweit erforderlich, sollten ausländische Arbeitnehmer befristet als Gastarbeiter von deutschen Firmen eingestellt, tariflich bezahlt, versichert und versteuert werden.

Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Die erste Frostperiode vor Weihnachten ist Anlaß für eine Entlassungswelle gewesen, von der ein Großteil der Bauarbeiter erfaßt wurde. Der Ausfall hat in der Regel im städtischen Bereich sechs bis acht Wochen, im ländlichen Gebiet drei bis vier Monate gedauert. Dieser soziale Mißstand ist durch ein beispielhaftes Zusammenwirken mit einer Lohnausgleichsregelung 1959 beseitigt worden. In einem Umlageverfahren, in das die Betriebe ganzjährig einbezahlen, werden die Mittel aufgebracht, mit denen die Lohnausgleichskasse allen Bauarbeitern die Zeit von Weihnachten bis Neujahr einschließlich der Feiertage bezahlt. Es gibt ein Kündigungsverbot aus Witterungsgründen. Die Bundesanstalt muß nur noch die echt auf Grund von Witterungseinflüssen ausfallenden Tage bezahlen, was rund ein Drittel der früher nötigen Ausgaben ausmacht.

Die Sozialpolitiker der bayerischen SPD-Landtagsfraktion haben bereits am 14. Juli 1993 mit einem Parlamentsantrag die Staatsregierung aufgefordert, einer Kürzung des Schlechtwettergeldes sowie einer generellen Beseitigung der Schlechtwettergeldregelung nicht zuzustimmen.

(-/25. August 1993/rs/ks)

\*\*\*\*\*